Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weißenstraße 10. Fernsprecher Nr. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25201 und 19201. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefaufbewahrung 10 Pf.

Nr. 78 | Dresden, Sonnabend den 31. März 1928 | 39. Jahrg.

Auflösung des Reichstages

ts. Berlin, 31. März. (Eig. Funkspruch.) Nachdem der deutsch-griechische Handelsvertrag in dritter Lesung gegen die Deutschnationalen angenommen war, ergriff der Reichskanzler zu einer längeren Erklärung das Wort. Er dankte dem Reichstag, aber auch dem Reichsrat und dem Finanzministerium für die rechtzeitige Verabschiedung des Notetats. Dann verlas er das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten.

Scholz (D. Vp.) dankte dem Präsidenten Löbe sowie dem Präsidium für die Geschäftsführung. Löbe wehrte für sich den Dank ab, nahm ihn aber für die Mitglieder des Präsidiums entgegen. **Er streifte dann kurz die Zwischenfälle und sprach die Meinung aus, man möge den Wahlkampf so führen, daß man sich dann wieder in die Augen sehen könne. Abweichend von der früheren Formel des Hochs auf das in der deutschen Republik geeinte Volk brachte er diesmal ein Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik aus. Einige Deutschnationale stutzten und zögerten, während die Kommunisten in einen wüsten Lärm ausbrachen. Um 12.30 Uhr war die Sitzung zu Ende, der Reichstag ist nicht mehr.**

Und jetzt wollen wir da drinnen mal tüchtig aufkehren!

Buchdruckerstreik in Dresden

Drohung mit Gesamtaussperrung — Die bürgerliche Presse erscheint nicht

In der Buchdruckerbewegung in Dresden ist seit gestern eine verschärfte Situation eingetreten. In einer Reihe Betriebe haben sich die Belegschaften den Beschlüssen der Verbandsversammlung vom Donnerstag abend nicht unterworfen, sondern die Arbeit eingestellt. Das trifft zum Teil sogar zu auf Hauddruckereien. So streikt u. a. die dreißig Mann starke Belegschaft der Firma Grzeling, Zigarettenpapier, ebenso diejenige der Zigarettenfabrik Haus Bergmann. Arbeitsniederlegungen werden uns weiter gemeldet von Laube, Schwert Baemich-Stiftung, Union-Druckerei, Klemich, Münchner, Niedersedlitz, H. B. Schulze, Mitteldeutsche Verlagsanstalt, Heidenau, C. C. Meinhold u. Söhne, Päßler, Teubner und Dresdner Anzeiger, Abteilung Römmler u. Jonas, außerdem ruht bereits der Betrieb der Dresdner Nachrichten und der Sächsischen Volkszeitung. Die im Ausstand befindlichen Buchdrucker haben, wie uns mitgeteilt wird, ihren Austritt aus dem Buchdruckerverband vollzogen. Bei den bestreikten Betrieben handelt es sich um solche, die die Forderungen der Buchdrucker streik abgelehnt haben, während in anderen Druckereien den Forderungen der Gehilfenschaft durch die Prinzipale entgegengekommen wurde.

Es ist aber mit einer weiteren Verschärfung der Lage besonders deshalb zu rechnen, weil die Hauptgruppen im Buchdruckgewerbe, Rotationsdrucker, Stereotypeure und Maschinensetzer, bekanntlich den Beschluß gefaßt haben, die Bestrebungen der Buchdrucker mit stärkstem Nachdruck durchzuführen und nach wie vor an diesem Beschluß festhalten.

Gegenwärtig liegt die Situation deshalb so, daß noch im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends in allen jenen Druckereien, die die Forderungen der Gehilfenschaft nicht bewilligen, die Arbeitsniederlegung durch die Sportmitgehörigen erfolgt, da mit dem heutigen Tage der bisher gültige Tarif abläuft.

Die Arbeitsniederlegung würde bedeuten, daß alle modernen Druckereien und vor allem die Zeitungsbetriebe zum Erliegen kommen.

Selbstverständlich trägt auch der Beschluß des Betriebsrates Dresden der Buchdruckerunternehmer keineswegs zu einer Entspannung der Situation bei. Die Prinzipale haben beschlossen, Mittwoch den 4. April eine allgemeine Aussperrung in den Betrieben des Bezirks Dresden durchzuführen, wenn von dem Personal, das die Arbeit niedergelegt hat, Dienstag früh in dem von der Arbeitsniederlegung betroffenen Betrieben nicht im vollen Umfang die Arbeit wieder aufgenommen wird. Dieser Beschluß gilt auch für die Betriebe, in denen teilweise oder gar kein Arbeitsniederlegungen erfolgt sind. Buchbindereien und Hilfspersonal haben daraus tarifliche Kündigungsmaßnahmen zu erwarten.

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher Beschluß den Kampfwillen der streikenden Belegschaften niemals brechen kann. Er ist jedenfalls wieder einmal recht voreilig gefaßt worden und verschärft nur unnötig die Situation.

Soweit die Arbeitsniederlegungen in den Zeitungsdruckereien in Betracht kommen, wird uns bekannt, daß davon in erster Linie die bürgerliche Presse Dresdens betroffen wird, die dem Arbeitgeberverband angehört und durch die Bestimmungen dieses Verbandes in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert ist. **Die Dresdner Volkszeitung, die kommunistische Arbeiterstimme und die Volksstaatdruckerei werden von dem Ausstand nicht betroffen, weil zwischen ihnen und den Belegschaften eine Einigung über die Lohnerhöhung erzielt wurde.**

•

Arbeitsniederlegungen sind, so viel bis jetzt bekannt wird, auch in Königsberg erfolgt. Die Königsberger Zeitung konnte bereits am Donnerstag abend nicht mehr erscheinen. In Karlsruhe und in Stettin wurde der Beschluß gefaßt, noch am heutigen Sonnabend in den Streik zu treten. In Chemnitz beschlossen die Buchdrucker gegen eine starke Opposition die Kündigung zurückzunehmen. Ob damit aber der Kampf restlos vermieden ist, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden. Aus Pirna wird ferner bekannt, daß die Arbeitseinstellung heute vormittag 10 Uhr beim Pirnaer Anzeiger erfolgte. Die Belegschaft dieses Blattes nahm in einer Versammlung im Volkshaus zur Lage Stellung. Aus München kommt die Drahtmeldung, daß der für heute in Aussicht genommene Streik der Buchdruckereigehilfen in letzter Stunde abgeblasen wurde, als die Beschlüsse aus Berlin, Stuttgart und Leipzig bekannt wurden. Die Streikleitung gab deshalb in einer Betriebsrätе- und Vertrauensmännerversammlung der Kollegenschaft das Recht, die Kündigung am Freitag eine Stunde vor Arbeitsschluß zurückzuziehen. Ob diese Maßnahme allerdings restlos durchgeführt worden ist, bisher nicht bekannt geworden.

•

Ein merkwürdiger Solidaritätsakt

Bei Redaktionsschluß wird uns mitgeteilt, daß Direktor Seidel vom Dresdner Anzeiger der Belegschaft erklärte, die Sonntagsnummer des Dresdner Anzeigers werde **aus Gründen der Solidarität gegenüber der Dresdner Nachrichten**, die durch den Ausstand der Belegschaft am Erscheinen verhindert ist, nicht gedruckt. Die Sonntagsnummer des Dresdner Anzeigers war bei der Erklärung des Herrn Seidel nahezu fertiggestellt, ein Teil der Auflage war bereits in Druck. Das Vorgehen dieses Herrn mutet recht eigentümlich an. Wahrscheinlich wird es sein Nachspiel noch im Dresdner Stadtverordnetenkollegium haben. — Auch die Dresdner Neuesten Nachrichten haben sich der Solidaritätsaktion angeschlossen und erscheinen ebenfalls nicht.

•

Aussperrung bei den Stettiner Zeitungen

wtb. Stettin, 31. März. (Eig. Funkspruch.) Die hiesigen Buchdruckergehilfen hatten in einer Versammlung gestern abend beschlossen, die Arbeit wiederaufzunehmen. Bei dem Generalanzeiger sind jedoch besondere Forderungen aufgestellt worden, die vom Verlag abgelehnt wurden. Darauf hat die Belegschaft den Betrieb verlassen. Mit Ausnahme des Volksboten, der unverändert weitererscheint, haben sodann sämtliche übrigen vier Zeitungsbetriebe beschlossen, die Setzer auszusperren und eine gemeinsame Notzeitung herauszugeben.

Der Manteltarif in der sächsischen Metallindustrie

• Wie wir hören, haben die Arbeitgeber der sächsischen Metallindustrie den Schiedsspruch wegen des Manteltarifs angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Der Sieg der Wirtschaftspartei

Ein täppisches Täuschungsmanöver — Jämmerlicher Umfall der Landtags-Demokraten und ASP.-Leute

Der Streit in der sächsischen Heldt-Koalition hat also nun doch mit einem Sieg der Wirtschaftspartei geendet. In der Sächsischen Staatszeitung wurde bereits gestern eine Verordnung veröffentlicht, die bestimmt, daß den Hausbesitzern, die erhöhte Hypothekenzinsen zu zahlen haben, je nach der Größe der Gemeinden 3 bis 4½ Prozent der Mietzinssteuer zu stunden sind. Daß es bei dieser Stundung nicht bleibt, ist selbstverständlich. Tatsächlich hat die Verordnung zur Folge, daß die Hausbesitzer, wie das die Wirtschaftspartei forderte, einen Teil der Mietzinssteuer nicht zu zahlen haben werden, ihr Anteil an der Gesamtmiete wird um die gestundeten Beträge erhöht. Wenn man heute überhaupt noch von Stundung statt von Erlaß spricht, so ist das ein alberner Versuch, die Bevölkerung zu täuschen. Man wollte die Regierung und die Parteien, die jetzt so erbärmlich umgefallen sind, davor bewahren, daß sie im Landtag auf frischer Tat gepackt wurden und ihr Gebaren entsprechend gekennzeichnet werden konnte. Zu einer Gesetzesänderung hätte man natürlich den Landtag gebraucht, und um den Landtag zu umgehen macht man das, was man machen will, durch eine Verordnung, mit der man zunächst nur eine Stundung der Steuer für zulässig erklären kann. Wenn einmal die Reichstagswahlen vorbei sind, dann wird man ohne alle Bedenken die Geschichte auch auf dem Wege der Gesetzgebung in Ordnung bringen.

Was jetzt geschehen ist, zeigt die Parteien der sächsischen Koalition, die erst der Wirtschaftspartei Widerstand zu leisten schienen, in ihrer ganzen Erbärmlichkeit. Die Helden von der ASP., die immer wieder zu jedem Verrat an den Interessen der Massen bereit sind, diese Landtags-Demokraten, die den Namen Demokraten schon längst nicht mehr verdienen, diese Herren von der Partei für Volksrecht und Aufwertung, die angeblich die Rechte der kleinen Sparer und Rentner wahren wollen, die aber in Wahrheit im Sächsischen Landtag so oft die Geschäfte der Haus- und Grundbesitzer besorgen. Diesmal schien es, als wenn diese Parteien aus Furcht vor den bevorstehenden Reichstagswahlen etwas mehr Rückgrat zeigen würden als sonst. Aber diese Erwartung hat getäuscht. Die Angst der Leute um das Fortbestehen der Heldt-Koalition war zu groß, und so sind sie schließlich, als die Wirtschaftspartei mit Regierungskrise und Landtagsauflösung drohte, zusammengeknickt und haben sich dem Diktat der Wirtschaftspartei gefügt. Der ewige Heldt, der weiß, daß ein Zusammenbruch seiner Koalition seiner Herrlichkeit für immer ein Ende macht, hat jedenfalls sein Möglichstes getan, um die Widerspenstigen zur Vernunft zu bringen. Schließlich haben der Heldt und seine Leute von den Reichstagswahlen nichts zu erwarten, sie wollen sich so lange, wie das noch irgendwie geht, an ihrer sächsischen Futterkrippe halten, das ist das einzige Ziel dieses Grüppchens von jämmerlichen Renegaten.

Es läßt sich nicht genau sagen, wie groß der Ausfall sein wird, der durch die Verordnung der Regierung bei den Einnahmen für den Wohnungsbau, für Staat und Gemeinde entsteht. Da 1 Prozent der Mietzinssteuer ungefähr 3,6 Millionen Mark sind und 3 Prozent der geringste Satz ist, der nach der Verordnung gestundet werden soll, so wird man insgesamt mit einem Ausfall von reichlich 10 Millionen Mark pro Jahr rechnen müssen. Davon werden ungefähr 6 Millionen Mark auf den Wohnungsbau fallen, während das übrige Land und Gemeinden zu tragen haben.

Daß es eine Regierung fertigbringt, bei dem Finanzelend des Landes und der Gemeinden auf diese 4 Millionen Mark

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280331/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG